

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Hilfe, die Welt geht unter! Die Virusvarianten kommen und gehen, nur die Hysterie bleibt](#)
2. [Zielt der Umsturzversuch in Kasachstan auf die weltgrößten Uranvorräte?](#)
3. [Klassenkampf statt Sabotage](#)
4. [Der Euro auf dem Prüfstand](#)
5. [Frankreichs EU-Ratspräsidentschaft: Härtetest für Europas Dreamteam](#)
6. [Alle haben Angst vor Donald J. Trump](#)
7. [»Im Gleichschritt mit dem Außenministerium«](#)
8. [Schweden richtet Amt für psychologische Landesverteidigung ein](#)
9. [Der Krieg gegen den Terror ist ein Erfolg - für den Terror](#)
10. [Corona-Proteste: „Das bürgerliche Spektrum geht momentan auf die Straße“](#)
11. [Lockdown: Bis zu 500 Kinder nach Selbsttötungsversuchen auf Intensivstationen](#)
12. [ELGA: Impfpflicht erst ab April technisch umsetzbar](#)
13. [«Die Situation jetzt ist völlig irrational»](#)
14. [Das Ende dieser Welt](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Hilfe, die Welt geht unter! Die Virusvarianten kommen und gehen, nur die Hysterie bleibt**

Auf die Omikron-Welle reagieren die Medien mit düsteren Szenarien. Die Politik greift das begierig auf. Die Debatte um die Impfpflicht ist das beste Beispiel für Aktionismus, der zum Selbstzweck wird.

Als die Pandemie begann und Europa im Lockdown versank, reagierte der Supermarkt

um die Ecke mit Bodenmarkierungen. Mit Klebestreifen wurde festgelegt, wo die Kunden entlanglaufen mussten. So sollten die Kontakte im Eingangsbereich reduziert werden. Dass man einander in den engen Gängen zwischen Regalen nicht ausweichen konnte, spielte keine Rolle. Hauptsache, es gab ein «Schutzkonzept». Ob es etwas taugte, war zweitrangig.

Irgendwann verschwanden die Klebestreifen wieder. Der Aktionismus ist geblieben. Immer neue Massnahmen werden ersonnen, manche werden später aufgehoben, andere schlicht vergessen. [...]

In diesem Kreislauf von Reiz und Reaktion fällt die Politik Entscheidungen, die nicht zwangsläufig besser sind als Bodenmarkierungen im Supermarkt. So wird eine allgemeine Impfpflicht erörtert, die angesichts ihres gesetzgeberischen und organisatorischen Vorlaufs allerdings erst in einigen Monaten in Kraft treten kann. Wenn das derzeit diskutierte virologische Szenario eintritt, kommt die allgemeine Impfpflicht zu spät - und taugt dann allenfalls als trauriges Mahnmal einer ebenso aktionistischen wie gescheiterten Politik. [...]

Gewiss ist nur: An aufgeregten Metaphern herrscht in der Pandemie kein Mangel. Sie kaschieren nur notdürftig die Ahnungslosigkeit derer, die sie sich ausdenken.

Quelle: [NZZ](#)

dazu auch: „Omikron führt uns zurück in die Normalität“: Virologe Stöhr sieht zwei Alternativen vor dem Corona-Gipfel

Herr Stöhr, Omikron steht vor der Tür. Was wird in den nächsten Wochen in Deutschland passieren?

Die Vorhersage ist relativ leicht. Dänemark hat bereits eine zehn Mal so hohe Inzidenz wie Deutschland, England eine knapp acht Mal so hohe. Auch bei uns wird es also bald viel höhere Infektionszahlen geben, aber es wird sich wie in den anderen Ländern eine Schere auftun zwischen vielen milden Fällen und gleichzeitig im Verhältnis deutlich weniger Krankenhauseinweisungen. In England brachte Omikron fast vier Mal mehr Fälle, aber auch eine auf circa die Hälfte verringerte Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken. Diese Schere führt uns zurück in die Normalität. Denn sie zeigt, dass das Virus das tut, was wir erwartet haben.

Und zwar?

Es passt sich an den Menschen an. Die Inkubationszeit verringert sich und es vermehrt sich zunehmend im Nasen- und Rachenraum und nicht in der Lunge. Die Verläufe werden tendenziell leichter. Denn milde Erkrankungen bedeuten für Viren eine bessere Verbreitung. Noch ein Wort zur Ansteckungsfähigkeit von Omikron: Das Virus wird zwar ständig als „hochinfektiös“ bezeichnet, es spielt aber im Vergleich in derselben Liga wie zum Beispiel die Influenza. Es wird Zeit, dass man hier rationaler

kommuniziert.

Wie schätzen Sie die Gefahr durch Omikron für Kinder ein?

Wenn die Erkrankungen bei Erwachsenen milder werden, ist es biologisch erwartbar, dass das auch für Kinder zutrifft. Es gibt nun auch eine neue, belastbare Publikation, der zufolge die Krankheitslast auch für Kinder um circa die Hälfte abnimmt.

Quelle: [Merkur](#)

2. **Zielt der Umsturzversuch in Kasachstan auf die weltgrößten Uranvorräte?**

Die anhaltenden Proteste in Kasachstan haben wirtschaftliche Folgen: Die Weltmarktpreise für Uran sind um fast acht Prozent gestiegen. Auf Kasachstan entfallen mehr als 40 Prozent der Weltproduktion. Experten vermuten die Uranvorkommen auch als eine der möglichen Ursachen für eine westliche Einmischung.

Unter dem Einfluss der Unruhen in Kasachstan stiegen die Uranpreise am Donnerstag auf dem internationalen Markt auf 45,25 Dollar pro Pfund des radioaktiven Energieträgers. Verglichen mit unter 42 Dollar am Vortag handelt es sich um eine Preissteigerung um fast acht Prozent. Dies geht aus Daten des Marktforschungs- und Analyseunternehmens für Kernbrennstoffe UxC hervor, die von Bloomberg zitiert werden.

Gleichzeitig fielen die Aktien des größten Uranproduzenten von Kasachstan, Kazatomprom, im Londoner Handel um elf Prozent. Die meisten Uranunternehmen in Nordamerika und Australien bauten ihre Kursgewinne aus, die sie Anfang der Woche verzeichnet hatten, als die Europäische Kommission einen Entwurf zur Kennzeichnung bestimmter Atomprojekte als nachhaltig vorantrieb.

Kasachstan nennt die weltgrößten Uranvorkommen sein Eigen und hat einen Anteil von mehr als 40 Prozent an der weltweiten Produktion dieses spaltbaren Materials. Hauptabnehmer des kasachischen Urans ist Russland, für das es neben der Bedeutung als Energieträger für die heimischen und ausländischen Atomkraftwerke auch strategische Bedeutung für die Erneuerung des Atomwaffenpotenzials hat.

Quelle: [RT DE](#)

3. **Klassenkampf statt Sabotage**

Die Klimabewegung ist von der Politik enttäuscht, jetzt liebäugelt sie mit militanten Protestformen. Doch statt hilflosem Radikalismus sollte sie das Bündnis mit den organisierten Beschäftigten suchen. [...]

Eingeengt zwischen institutioneller Bedeutungslosigkeit und den Grenzen der eigenen Aktionsformen verliert die Klimabewegung stetig an Traktion: Sowohl das eigene Mobilisierungspotenzial als auch die öffentliche Aufmerksamkeit schwinden zusehends dahin. Dies erzwingt eine Richtungsentscheidung. Die einen versuchen an ihrem

gescheiterten Kurs festzuhalten, in der Hoffnung, so zumindest den verschwindenden Einfluss auf Partei und Zivilgesellschaft nicht zu verspielen. Auf der anderen Seite drängt ein wütender linker Flügel auf mehr zivilen Ungehorsam und konfrontativere Protestformen, wie die Blockade des Willy-Brandt-Hauses im Oktober – eine Aktion, die weder der breiten Öffentlichkeit noch den SPD-Funktionären eine besondere Beachtung abringen konnte. Dass sich hitzige Debatten innerhalb von Fridays for Future nun gerade um solche Fragen wie den Einsatz von Pyrotechnik auf Demonstrationen drehen, ist eine Zerfallerscheinung. [...]

Was zunächst nach materialistischer Analyse klingt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als bloße Bewegungskulturmythologie:

Quelle: [Jacobin](#)

4. **Der Euro auf dem Prüfstand**

Einflussreiche deutsche Ökonomen halten den Euro für nicht mehr „alternativlos“. Man solle den Ausstieg aus der EU-Gemeinschaftswährung zumindest in Betracht ziehen, fordert der Co-Vorsitzende des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Stefan Kooths. Nur so lasse sich überdies genug Druck auf andere Eurostaaten aufbauen, um das „Aufweichen“ der geldpolitischen „Stabilitätskultur“ zu stoppen. Beobachter gehen davon aus, dass der Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB), mehr „fiskalische Disziplin“ einzuhalten, aufgrund der aktuellen Inflation zunehmen wird; in der deutschen Boulevardpresse wurde EZB-Präsidentin Christine Lagarde bereits als „Madame Inflation“ denunziert. Britische Medien spekulieren unterdessen über ein etwaiges Ende des Euro; unter Verweis auf andere gescheiterte Währungsprojekte heißt es, die EU-Einheitwährung trete derzeit in ihre „gefährlichste Dekade“ ein. Gleichzeitig werden in der Bundesrepublik Warnungen laut, eine „Achse Paris-Rom“ könne in der EU künftig „weichere Schuldenregeln“ durchsetzen.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

5. **Frankreichs EU-Ratspräsidentschaft: Härtetest für Europas Dreamteam**

EU-Kommissionschefin von der Leyen ist nach Paris gereist. Sie will dort mit dem französischen Präsidenten Macron ihre Visionen abstimmen.

Bei der Reform des Stabilitätspaktes steht dagegen Berlin auf der Bremse.

Bundesfinanzminister Christian Lindner muss sich noch in die brisante Materie einarbeiten. Dem FDP-Chef dürfte es schwer fallen, sich vom deutschen Dogma der „3,0“ bei der Neuverschuldung zu verabschieden. Eine Reform sei ohnehin erst im 2. Halbjahr geplant – also nach dem Ende des französischen Vorsitzes –, sagt EU-Kommissar Valdis Dombrovskis. Macron wird hier also nicht punkten können. Das „neue europäische Wachstumsmodell“, das er sich auf die Fahnen geschrieben hat, bleibt wohl ein frommer Wunsch.

Quelle: [Eric Bonse in der taz](#)

6. **Alle haben Angst vor Donald J. Trump**

USA: Den Demokraten wird bei der nächsten Wahl nicht viel zugetraut. Sogar die deutsche Stiftung für Wissenschaft und Politik malt den Teufel an die Wand. Die "Honeymoon-Phase" der Biden Administration ist definitiv vorbei und es sieht gegenwärtig nicht so aus, als würde weder Joe Biden noch Kamala Harris unbeschadet aus dieser Amtszeit hervorgehen. Dennoch scheint Biden darauf erpicht, sich noch ein weiteres Mal zur Wahl zu stellen, aber auch Donald Trump ist einer Revanche nicht abgeneigt.

Die beiden hochbetagten Herren wirken erst einmal nicht als die logischen Kandidaten für 2024. Aber würde die Demokratische Partei überhaupt zulassen, dass Präsident Biden von einem Parteigenossen herausgefordert wird?

Abgesehen von Bernie Sanders stellt sich ohnehin kaum einer gegen den Willen des Partiestablishments. Auf der anderen "side of the aisle" sieht es nicht anders aus, kein moderater Republikaner könnte sich gegen Trump und seine Basis durchsetzen. Nicht nachdem man über Jahre hinweg Ressentiments und Verschwörungstheorien befeuert hat. Auch dürften Trump-ähnliche Kandidatinnen und Kandidaten Mühe haben, sich gegen "the Donald" durchzusetzen, da die Wähler dazu tendieren, sich für das Original zu entscheiden. Kurzum, wenn Trump die Kandidatur möchte, wird er sie auch bekommen.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu: Schleichender Putsch: Donald Trumps teuflischer Plan zurück an die Macht

Der nächste Putschversuch in den USA erfolgt nicht erst mit der Wahl 2024. Die Vorarbeit dazu leistet derzeit die Republikanische Partei "Democracy Dies in Darkness", lautet die Unterzeile der "Washington Post". "Demokratien sterben in Dunkelheit." Doch manchmal sterben sie auch im grellen Scheinwerferlicht. Systemumstürze erfolgen selten über Nacht. Oft beginnen sie völlig unscheinbar, direkt unter den Augen der Öffentlichkeit. In den USA kann man die Vorbereitung eines solchen Coups aktuell beobachten. Ein Staatsstreich, der so harmlos daherkommt, dass man ihn kaum als solchen wahrnimmt. Und sobald man ihn durchschaut hat, wird es zu spät sein. In Washington fürchtet man: Trumps nächster Putschversuch erfolgt nicht etwa erst zur Präsidentschaftswahl am 5. November 2024. Er hat schon lange begonnen.

Quelle: [der Standard](#)

7. **»Im Gleichschritt mit dem Außenministerium«**

Journalismus in den USA: Konzernmedien und Aufstacheln zum Krieg gegen China. Ein

Gespräch mit Rania Khalek

Sie werden auf der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am Sonnabend über Medien als Mittel zur Förderung imperialer Interessen und des Krieges reden. Sie arbeiten als unabhängige Journalistin. Bitte erzählen Sie uns ein wenig darüber, wie Sie dahin gekommen sind, wo Sie jetzt sind.

Ich arbeite für ein unabhängiges Medium namens Breakthrough News, das seinen Sitz in New York hat und ein linkes, im wesentlichen antiimperialistisches Medienunternehmen ist. Was mich zum Journalismus gebracht hat, sind unabhängige Medien. Democracy Now, das die meisten hier sicher kennen und das jeden Morgen ausgestrahlt wird, habe ich in meinen frühen Zwanzigern gesehen. Es hat mich politisch radikalisiert und mich mit vielen linken Journalisten und Denkern bekannt gemacht. Damals lernte ich Noam Chomsky, Howard Zinn und Naomi Klein kennen. Das ist einer der Gründe, warum ich mich so sehr für unabhängige linke Medien engagiere, weil ich glaube, dass sie so mächtig sein können und die Menschen nicht nur erreichen, sondern ihnen die Realität dessen, was in der Welt passiert, wirklich vor Augen führen können. Und zwar so, dass es tatsächlich Sinn ergibt.

Quelle: [junge Welt](#)

8. **Schweden richtet Amt für psychologische Landesverteidigung ein**

Die Behörde soll die Bevölkerung vor Desinformationskampagnen – insbesondere durch Russland – schützen.

Im August 2018 liess die schwedische Regierung prüfen, ob sie die psychologische Landesverteidigung intensivieren solle. Und im März 2021 entschied sie, dass ein Amt für psychologische Verteidigung eingerichtet werden soll – mit Start am 1. Januar 2022 und Sitz im Stockholmer Vorort Solna und in Karlstad. Die Sicherheitslage habe sich mittlerweile verschlechtert, und die Anforderungen an die Landesverteidigung hätten sich verändert, schrieb die Regierung damals in einer Mitteilung.

«Eine stärkere psychologische Verteidigung schafft die Voraussetzungen, um die offene und demokratische Gesellschaft, die freie Meinungsbildung sowie Schwedens Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen», hiess es weiter. Ein wichtiger Teil der Arbeit sei die gesammelte Fähigkeit, ungebührliche Informationsbeeinflussung sowie auf Schweden ausgerichtete, irreführende Information zu identifizieren und ihr zu begegnen. Informationsbeeinflussung, beispielsweise in Form von Desinformation und Gerüchten könne eine Bedrohung für Schwedens Demokratie darstellen.

Quelle: [Infosperber](#)

9. **Der Krieg gegen den Terror ist ein Erfolg - für den Terror**

Terroristische Gruppen haben sich seit der Verabschiedung der AUMF 2001 verdoppelt, der Krieg gegen den Terror hat mindestens 300 Mal so viele Menschen getötet, wie Amerikaner am 11. September 2001 ermordet wurden.

Es begann vor mehr als zwei Jahrzehnten. Am 20. September 2001 rief Präsident George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“ aus und erklärte vor dem Kongress (und dem amerikanischen Volk), dass „der Verlauf dieses Konflikts nicht bekannt, aber sein Ausgang sicher ist“. Wenn er damit eine 20-jährige Niederlage in Afghanistan, die Ausbreitung militanter Gruppen im gesamten Mittleren Osten und in Afrika sowie einen nicht enden wollenden, weltumspannenden Krieg meinte, der mindestens 300 Mal so viele Menschen getötet hat, wie Amerikaner am 11. September 2001 ermordet wurden, dann muss man ihm Recht geben. Er hatte absolut Recht.

Quelle: [Krass & Konkret](#)

10. **Corona-Protteste: „Das bürgerliche Spektrum geht momentan auf die Straße“**

Brandenburger Staatssekretär des Inneren sagt, die Demonstranten kommen nicht aus extremistischen Kreisen. Polizei Berlin: Nur ein geringer Teil ist aggressiv.

Die Proteste gegen die aktuellen Corona-Maßnahmen sind zu einem Massenphänomen geworden. In Dutzenden Städten, Ost wie West, gingen allein am vergangenen Montag insgesamt mehr als 100.000 Menschen in zum Teil nicht genehmigten Aufzügen auf die Straße. Polizei und Politik stehen vor der Frage, wie geht man mit diesem Protest um? Für Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU) ist die Sache klar. Er hat am Mittwoch die Städte und Landkreise zu einem konsequenten Handeln gegen die unangemeldeten „Spaziergänge“ gegen Corona-Maßnahmen aufgefordert. Am Dienstagabend gerieten prompt Polizisten und Protestler in der Münchner Innenstadt aneinander. Die Polizei ging mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die Menschen vor.

„Inzwischen herrscht Klarheit, dass sich Behörden und Polizei sich durch spitzfindige Leute, die eine Demonstration kurzerhand als ‚Spaziergang‘ deklarieren, nicht auf der Nase herumtanzen lassen müssen“, sagte Hermann der Augsburger Allgemeinen. Das sieht der Staatssekretär des Inneren im Land Brandenburg, Uwe Schüler, etwas differenzierter. Ganz überwiegend kämen die Demonstranten nicht aus extremistischen Kreisen, sagte er im Innenausschusses des Landtages am Mittwoch. „Das bürgerliche Spektrum geht momentan auf die Straße.“

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.M.:** Ich beobachte seit längerer Zeit, dass sich die Berliner Zeitung deutlich von der einseitigen Corona-Berichterstattung anderer Medien absetzt, wie auch dieser Artikel belegt. Dagegen spielt der Tagesspiegel leider eine unrühmliche Rolle, das Blatt wird seiner liberalen Tradition nicht annähernd gerecht.*

11. **Lockdown: Bis zu 500 Kinder nach Selbsttötungsversuchen auf**

Intensivstationen

Uniklinik Essen: Fallzahl ist im zweiten Lockdown um rund 400 Prozent im Vergleich mit der Zeit vor Corona gestiegen.

Bis zu 500 Kinder mussten nach Suizidversuchen zwischen März und Ende Mai 2021 bundesweit auf Intensivstationen behandelt werden. Das ist das Ergebnis einer Studie der Essener Uniklinik, über die der Leiter der dortigen Kinder-Intensivstation, Professor Christian Dohna-Schwake, exklusiv im Videocast 19 - die Chefvisite berichtete. Die Fallzahl sei damit im zweiten Lockdown um rund 400 Prozent im Vergleich mit der Zeit vor Corona gestiegen.

Die dramatische Entwicklung, die sich aus Daten von 27 deutschen Kinder-Intensivstationen ergebe, habe ihn „überrascht“. Lockdown und Schulschließungen im Frühjahr letzten Jahres hätten sich „wie Kaugummi hingezogen“, so Dohna-Schwake zu möglichen Ursachen. Das habe vor allem Kinder belastet, die schon zuvor unter Depressionen oder Angststörungen gelitten hätten. Dabei wirkten „soziale Kontakte außerhalb sozialer Medien präventiv“, betonte Dohne-Schwake. Auf Basis der zur internationalen Veröffentlichung eingereichten Studie laute seine Empfehlung daher, die Schulen „solange das irgendwie geht“ offen zu halten.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

12. **ELGA: Impfpflicht erst ab April technisch umsetzbar**

Bei der Erstellung des Gesetzesentwurf sei man von der Regierung nicht einbezogen worden, kritisiert die ELGA GmbH. Das mache nun einige Änderungen notwendig. Die Einführung der Impfpflicht ab Februar dürfte wackeln. Der ELGA GmbH zufolge ist die technische Umsetzung der Maßnahme erst frühestens ab April möglich, heißt es in ihrer Stellungnahme zum Gesetzestext. Man sei bei Erstellung des Begutachtungswurfes nicht konsultiert worden, heißt es in Richtung Regierung. Daher seien „hinsichtlich der technischen Umsetzung der Erfassung der Ausnahmen im nationalen Impfregeister und der dafür notwendigen Umsetzungszeiten Änderungen geboten“.

“Die ELGA GmbH und deren Umsetzungs-Partner werden für die technische Umsetzung der Impfpflicht über das nationale Impfregeister mindestens bis 1. April 2022 benötigen“, heißt es in der Begutachtungsstellungnahme wörtlich. Nicht umgesetzt werden könnten außerdem die Einschränkung der Ausnahmeerfassung auf Vertragsärzte gewisser Fachrichtungen und die Erweiterung des zentralen Patientenindex (ZPI) um Personen, die zwar in Österreich gemeldet sind, aber keine Sozialversicherungsnummer haben.

Darüber hinaus üben Datenschützer Kritik am Gesetzesentwurf. So sieht die Organisation ARGE Daten in ihrer Stellungnahme gleich „mehrere Tabubrüche“. So werde durch das Vorhaben eine Art Rasterfahndung eingeführt, lautet einer der

Kritikpunkte. Die Unschuldsvermutung werde zum Schuldverdacht umgekehrt.

Quelle: [Die Presse](#)

13. «Die Situation jetzt ist völlig irrational»

Seit rund 100 Tagen ist der St. Galler Infektiologe Pietro Vernazza in Rente. Zu spüren ist davon aber nichts.

Herr Vernazza, was läuft nicht gut in der Pandemie? Eine Frage genügt, und der ehemalige Chefarzt für Infektiologie am St. Galler Kantonsspital Pietro Vernazza legt los: «Wir sind evidenzlos unterwegs, und es wird immer schlimmer. Die Situation jetzt ist völlig irrational. Es ist unglaublich.»

Vernazza zählt mehrere Beispiele auf, die aus seiner Sicht keine medizinisch-wissenschaftliche Grundlage haben: «Ich war immer ein Impfbefürworter. Aber das Boostern für alle ist jetzt eher kopflos. Zehn Tage Isolation nach einem positiven Test – völlig aus der Luft gegriffen. Und jungen, genesenen Personen nun noch eine Booster-Impfung zu verabreichen, die nicht gegen die Omikron-Variante gerichtet ist: Das ist wirklich evidenzlos.»

Mit dem Votum gegen pauschales Boostern stellt sich Vernazza einmal mehr gegen die Meinung derer, die die Politik beraten – und liegt damit auf einer Linie mit dem Direktor der WHO. Dieser sprach sich vor wenigen Tagen gegen flächendeckendes Boostern aus, wie es jetzt in westlichen Ländern üblich ist. Es verlängere die Pandemie eher, warnte er, als dass es sie beende.

Quelle: [Infosperber](#)

14. Das Ende dieser Welt

Gestern war es Delta. Heute ist es Omikron. Morgen wird es eine neue Variante sein, die dazu dienen wird, uns weiterhin in Schach zu halten. Und übermorgen? Haben wir uns längst von der „alten Normalität“ verabschiedet und an die „neue Normalität“ gewöhnt. Diese „alte Normalität“, die unser damaliger Finanzminister Scholz für beendet erklärt hatte, als hätte er einen Pofalla gefrühstückt. Scholz sagte das zu einem Zeitpunkt, da wusste – seine Existenz vorausgesetzt – nicht mal Gott, wie sich die Lage weiter entwickeln würde.

Quelle: [neulandrebelln](#)